

mitte drin

Ausgabe 02 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

100 % Mauerpark für die ganze Stadt!

Keine weitere Verdrängung im Gesundbrunnenkiez!

Jetzt mitmachen! Einwendungen abgeben!

Es geht los! Nach langen Verzögerungen wegen ungeklärter Planungsfragen startet am 16. 2. die öffentliche Bauplanlegung für das Bauvorhaben am nördlichen Rand des Mauerparks (1-64a VE). Jetzt haben wir 4 Wochen Zeit unsere Argumente gegen die Planung einzuwenden.

Noch mal in Kürze: Um die seit Jahren verbindlich versprochene Erweiterung des Mauerparks endlich durchzuführen, haben der Berliner Senat und der Bezirk Mitte einen Deal mit den Investorenfirmen CA Immo und der Groth-Gruppe gemacht. Die BerlinerInnen bekommen dabei angeblich fast sieben Hektar Park „geschenkt“. Dafür wird aber der nördliche, im Flächennutzungsplan als Grünfläche ausgewiesene Bereich am Rande des Mauerparks in profitträchtiges Bauland für Groth umgewandelt. Und Berlin subventioniert das vereinbarte Bauprojekt mit fast sieben Millionen Euro aus

Steuergeldern. Falls der Investor die Bebauung nicht wie geplant realisieren kann, werden ihm zudem Entschädigungen in Millionenhöhe aus dem Berliner Haushalt versprochen. Und das vor jeder Bürgerbeteiligung. Herausgekommen ist so ein Bebauungsplan mit 708 überwiegend hochpreisigen Wohnungen direkt am Mauerpark. Das wird nicht nur die Nutzung des Parks verändern, sondern Wohnen und Mieten im Viertel extrem verteuern. Für viele Bewohner heißt das: Wegziehen. Aus der Innenstadt, aus ihrem langjährigen Lebensumfeld.

Vernünftige Argumente dagegen gibt es viele. Der Prenzlauer Berg und Wedding gehören zu den dichtest besiedelten Stadtteilen Berlins mit dem geringsten Anteil an Grünfläche. Jeder Quadratmeter mögliche Grünfläche wird hier zur Naherholung dringend gebraucht. Die öffentlichen Einrichtungen (Schulen etc.) des Kiezes werden durch den Mehrbedarf des



Dieser Bauplan wartet auf die Einsprüche der Berliner

Neubaus völlig überlastet. Der Bezirk bleibt auf den Folge-Kosten sitzen, während der Investor Millionenprofite realisiert.

Das (im Sommer ohnehin überhitzte) Klima der Stadt wird durch Einschränkung der Kalt-

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Deutschlands Chance, nicht Problem – Flüchtlinge!

Je weniger Migranten eine deutsche Stadt zählt, desto mehr Zulauf finden die Aufhetzer gegen „Überfremdung und Islamisierung“. Hakan Tas, Sprecher der Linksfraktion für Inneres, Partizipation und Flüchtlinge, ist diesem seltsamen Phänomen auf der Spur.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Auch mit 83 gut zu Fuß – Zimmermann Gerhard Gailus

Seine Baustellen liegen heute unter der Erde. Fernwärmerohre brauchten Verschaltungen, Abwasseranlagen, Pumpstationen. Mehr als drei Jahrzehnte schwere körperliche Arbeit. Und in der Freizeit „eine regelrechte Laufsucht“? Matthias Herold fragte nach.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Ein intelligentes Berlin bietet auch Gaumenfreuden

Irene Runge hat bei ihrem traditionellen Spaziergang einige neue Adressen und interessante Angebote entdeckt, als sie aus dem winterlichen Franzensbad zurückkehrte. Berlins Mitte kam ihr beinahe „goldig“ vor. Stimmt ja! Wenn man aufmerksam hinschaut.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen in Mitte:

„Die Bebauung der Innenstadt – wie weiter zwischen Alex und Marx-Engels-Forum?“

Diskussion mit Katrin Lompscher, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mittwoch, 25. Februar, 19 Uhr

Karl-Liebnecht-Haus (Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Rosa-Luxemburg-Saal

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Von Kiezmüttern und Schultoiletten

Was haben Kiezmütter und Schultoiletten gemeinsam? Richtig. Für beide ist zu wenig Geld da und damit für die BVV Anlass genug, um unter anderem mit diesen Themen ins neue Jahr zu starten.

Bei den teilweise seit 2007 bestehenden Kiezmütter-Projekten handelt es sich um Förderprogramme, die sich an ausländische Familien, insbesondere an Mütter, richten. Um diese bei der Integration zu unterstützen und über vorhandene Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangebote zu informieren, werden bereits integrierte Migrantinnen zu Multiplikatorinnen ausgebildet. Auch Informationen zu den vielfältigen Kinderbetreuungsangeboten, zum deutschen Schulsystem oder zur Gesundheitsförderung werden vermittelt.

Die Kiezmütter fungieren so gewissermaßen als „Türöffner“ für die bestehenden Angebote vor Ort und darüber hinaus als positives Vorbild. Eine sinnvolle Sache eigentlich. Doch die Finanzierung dieser Projekte war nie so ganz auf Dauer angelegt, vielmehr schleppte man sich von Sonderprogramm zu Sonderprogramm. Jetzt zu Beginn des neuen Jahres ist die Lage besonders ernst, denn die Finanzierung ist ausgelaufen und ein Teil der Koordinatorinnen ist akut von Arbeitslosigkeit



bedroht. Gemeinsam mit den Grünen haben wir daher einen Antrag eingebracht, der das Bezirksamt auffordert, die bedrohliche Situation schnellstmöglich abzuwenden und darüber hinaus nach dauerhaften Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Ein anderer Dauerbrenner im Bezirk ist der Sanierungsstau an Schulen, insbesondere bei den Sanitäranlagen. An einigen wenigen Schulen ist die Lage so brenzlich, dass der Toilettentrakt komplett geschlossen werden musste. In Kenntnis dieses Umstands will der Senat im Rahmen eines Schultoiletten-sanierungsprogramms insgesamt 12 Mio. € an die Bezirke ausreichen. Bei zwölf Bezirken macht das für Mitte gerade mal eine Million. Durchschnittlich kostet eine komplette Strangsanierung ca. 250 000 €. Das wären somit vier Schulen, deren Toilettentrakte saniert werden können.

Demgegenüber stehen nach Aussage der zuständigen Stadträtin Frau Smentek (SPD) aber insgesamt 54 (!) Schulen mit Sanierungsbedarf. Das Bezirksamt sah sich jedenfalls genötigt, eine Prioritätenliste der am ärgsten betroffenen Schulstandorte zu erarbeiten und manch einer kritisierte daraufhin die Intransparenz des Verfahrens oder witterte gar Kungelei um die begehrten Euros. Mag sein, mag nicht sein. Aber wie war das doch mit dem Tropfen und dem heißen Stein? Oder diese andere Sache mit der zu kurzen Decke, an der alle ziehen? Nein, nein, ganz falsch – wir müssen den Gürtel enger schnallen! Dann wird alles gut.

Falko Looff

Ergebnisse der BVV

► Anfragen:

Wie bewertet das Bezirksamt die Absicht des Senats, den Stichtag für die Einschulung zu verlegen? Welche Konsequenzen wird diese geplante Neuregelung für den Bezirk Mitte haben a) im Hinblick auf den Schulentwicklungsplan und die benötigten Grundschulplätze sowie b) im Hinblick auf die zusätzlich zu schaffenden Kitaplätze? Welche Konsequenzen hat die geplante Neuregelung des Einschulungsalters für das Bezirksamt im Hinblick auf die Information und Beratung der Eltern im Bezirk Mitte? Wie stellt sich das Bezirksamt darauf ein?

(Mündliche Anfrage DIE LINKE, Drs. 1888/IV)

► Beschlossen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für eine sofortige Finanzierung der Kiezmütter-Projekte im Bezirk einzusetzen. Hierzu ist auch zu prüfen, inwieweit Drittmittel bzw. Mittel aus Landes- und Bundesprogrammen wie z.B. „Soziale Stadt“ oder aus EU-Programmen genutzt werden können. Für die kommenden Haushaltsjahre wird das Bezirksamt gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Zusage des Senats zu einer vollständigen und dauerhaften Finanzierung der Kiezmütter-Projekte eingehalten wird. Darüber hinaus wird das Bezirksamt gebeten zu prüfen, ob und in welchem Umfang ggf. Haushaltsmittel ergänzend für eine dauerhafte und bedarfsgerechte Finanzierung der Kiezmütter-Projekte bereitgestellt werden können. Die zuständigen Fachausschüsse sind hierbei zu beteiligen.

(Antrag DIE LINKE/Grüne, Drs. 1848/IV)

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der WBM dafür einzusetzen, dass zwischen dem Vermieter, dem Mieterbeirat und dem Behindertenbeirat ein Kommunikationsprozess eingeleitet wird mit dem Ziel, in den Wohnhäusern in der Rathausstraße einen barrierefreien Zugang zu den Müllentsorgungsanlagen zu gewährleisten.

(Antrag DIE LINKE, Drs. 1866/IV)

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Gespräche, worüber denn?

Von **Hakan Taş**, Sprecher der Linksfraktion für Inneres, Partizipation und Flüchtlinge

Wir erleben zurzeit ein eigenartiges Phänomen. In den Städten der Republik, wo der Anteil von Muslimen und Muslima und Menschen mit Migrationshintergrund im Promille-Bereich liegt, gehen

ander losgegangen sind. Es ist bekannt, dass die Erwartungen der Menschen aus den neuen Bundesländern im Zuge der Wiedervereinigung nicht erfüllt wurden und viele in sozialer Armut leben. Allerdings kann dies keine Begründung

und Solidaritätsbekundungen mit Flüchtlingen und Asylsuchenden erzeugt.

Wir haben hierzulande keineswegs zu viele Flüchtlinge, wie von Flüchtlingsgegnern häufig suggeriert wird. Vielmehr besteht in diesem Bereich ein organisatorisches und politisches Unvermögen der politisch Verantwortlichen, angemessene politische Konzepte zur Unterbringung und Teilhabe der Flüchtlinge zu entwickeln. Unsere Stadt hat genug Ressourcen, um Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Viele Menschen in der Stadt sind auch bereit, in diesem Bereich mitzuwirken, wenn sie frühzeitig eingebunden werden. Ob der Berliner Senat bereit ist, hier neue Wege zu gehen, wird sich zeigen. Die Tatsache, dass er die Vereinbarung mit den „Oranienplatz-Flüchtlings“ zuerst hochgelobt und später nicht eingehalten hat, deutet darauf hin, dass wir es auch in Zukunft mit einem Senat zu tun haben werden, der die Flüchtlinge als Problem statt Chance betrachtet. Ich hoffe jedoch, dass die kontinuierlich erstarkenden Solidaritätsbewegungen den Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöhen und somit zu einem Umdenken in der Flüchtlingspolitik beitragen.



DIE LINKE zeigt Flagge gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

zehntausende Menschen gegen die „Islamisierung und Überfremdung“ auf die Straßen. Kurios ist dabei, dass der – jetzt zurückgetretene – Anführer dieser Bewegung, der straffällig gewordene MigrantInnen ausweisen will, selber vorbestraft ist und sich seinerzeit dem Strafvollzug durch die Flucht nach Südafrika entzogen hatte.

Wie diffus die Teilnehmenden dieser Demonstrationen denken, zeigt ein mitgeführtes Plakat: „Ich will kein Nordirland, deshalb stoppt den Islam in Europa“. Ich ging immer davon aus, dass in Nordirland militante Christen aufein-

für Sündenbocksuche und Rassismus sein. Zumal erste Untersuchungen verdeutlichen, dass ein Großteil der Demonstrierenden der Mittelschicht angehört. Meiner Ansicht nach haben wir es hier nicht mit einem „sozialen Protest“ zu tun, sondern mit dem „Rassismus der Mitte“. Insofern kann ich auch kein Verständnis für die Ängste der „besorgten Bürger“ entwickeln und halte Gesprächsangebote für ein falsches Signal.

Allerdings hat diese Bewegung einen „dialektisch positiven“ Effekt erzeugt. Sie hat überall in der Republik massenweise Gegenbewegungen

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **100 % Mauerpark für die ganze Stadt!**

luftschneise weiter verschlechtert. Die geplante Bebauung hat für die historisch ehemals getrennten Bezirke keinen stadtteil-verbindenden Charakter. Verkehrskollaps mit Unfallgefahren und steigender Abgaslast sind rund um den Gleimtunnel vorprogrammiert. Nachbarschaftliche Konflikte der Neubewohner mit der Jugendfarm, dem Kletterfelsen und dem Spielplatz wegen Lärmbelastung sind absehbar. Ein Park, der einmal eilig bebaut ist, kann für spätere Generationen nie wieder als Grünfläche genutzt werden.

Und: Bauen kann man vielerorts. Selbst laut Abgeordnetenhaus 2013 gibt es ausreichend schon erschlossenes Bauland in Gesamt-Berlin, um den Bedarf an Neubau zu decken. Der Mauerpark hingegen ist ein einmaliger

Ort, der die Geschichte der geteilten Stadt erfahrbar macht und als Ort der lebendigen Begegnung überwindet. Um ihn kämpfen BürgerInnen seit 20 Jahren. Wir wollen diesen Park unbebaut, in seiner Gesamtheit. Als Erholungsfläche für die BürgerInnen der umliegenden Bezirke, historischen Denkraum, soziales Experimentierfeld und Anlaufstelle für Tausende internationaler Gäste. Für eine visionäre, moderne Stadt, die die verschiedenen Bedürfnisse ihrer BürgerInnen, Neuhinzukommender und ihrer Gäste unter einen Hut bringt.

Einwendungen schreiben kann jede/r. Ob BerlinerIn oder internationaler ParkliebhaberIn, ob Kind oder Erwachsener. Einwendungen sollten möglichst in eigenen Worten formuliert

sein und konkret auf das geplante Bauvorhaben eingehen. (Eingelegt ein Extra-Blatt der Mauerpark-Allianz mit möglichen Argumenten für die Einwendungen.) **Heike Pelchen**

Alle Einwendungen erst ab 16.2. mit Angabe des Bauplanes 1-64a VE und Namen und Adresse des Absender.

B-Planauslegung online (ab 16.2.):

<http://tinyurl.com/omp33kl>

Dort unter Aktuelle Beteiligungsverfahren den B-Plan 1-64a VE aufsuchen.

Einwendungen per Post / Abgabe an:

Bürgerverein Gleimviertel e.V.

Kopenhagenerstraße 50, 10437 Berlin

Einwendungen per Mail an:

einwendungen-2015@web.de

mehr Argumente unter:

www.mauerpark-allianz.de/argumente/

Menschen in Mitte

Tiefe Spuren und lange Läufe von Gerhard Gailus

Gerhard Gailus hat in Berlins Mitte tiefe Spuren hinterlassen. Stolz zeigt er die große vergoldete Medaille „Den Erbauern des Stadtzentrums von Berlin“ vom Jahr 1969. Als Zimmermann hat der heute 83-jährige mehr als drei Jahrzehnte lang für den VEB Tiefbau Berlin auf oft riesigen Baustellen gearbeitet.

„Einer unserer größten Aufträge war die Verschaltung der Kanäle und Verteilerstationen für die Fernwärmeleitungen rund um den Alex und die sich vor allem Richtung Osten ausdehnenden Wohngebiete“, erinnert er sich. „Ein gewaltiges Objekt war auch die Errichtung Dutzender Abwasseranlagen und Pumpstationen entlang der gesamten Grenze von Ostberlin, um sich vom Westteil unabhängig zu machen.“

Nicht nur der körperlich harten Arbeit hat Gerhard Gailus seine noch schlanke, athletische Figur zu verdanken. Fast seine gesamte Freizeit widmete er dem Sport. „Ab Anfang der 50-er Jahre war ich Boxer im Mittelgewicht beim (Empor Friedrichstadt), dann Turner beim Sportverein (Einheit Nord-Ost) bis ich dann von einer regelrechten Laufsucht befallen wurde.“ Dafür gab es für ihn einen ganz besonderen Anlass: Von seiner damaligen Wohnung in der Choriner Straße sah er, wie einer seiner Söhne von einem größeren Jungen verprügelt wurde. Sofort lief er los, um diesen zur Rechenschaft zu ziehen, rannte hinter ihm her über den Rosenthaler Platz bis hin zur Ackerstraße - völlig außer Atem, musste erschöpft stehenbleiben und sich von dem Ausreißer verspotten lassen. „Das passiert mir nie wieder!“, schwor er sich damals, gerade 40 geworden. Von da an ließ er früh den Wecker eine Stunde eher klingeln und lief - zuerst seine Straße hin und zurück, dann um den Volkspark am Weinberg ... Jede Woche mindestens 100 km.

Um die Müggelberge und auf dem Rennsteig

Wenn er heute zurückblickt, gibt es wohl keinen bedeutenden Lauf im Osten, an dem er nicht beteiligt war: Rund um die Müggelberge, um den Kulturpark Plänterwald, um die Müritze, die Gedenkkläufe von Sachsenhausen, für Helmut Just, der Friedensmarathon Seelow-Strausberg, der Güstrower Inselfeelauf, der Rennsteiglauf ... „Zu einem



Ein Leben für den Sport: Gerhard Gailus

(Foto: M.Herold)

der Neujahrsläufe ab Volkspark Friedrichshain durfte ich sogar einmal den Startschuss geben“, freut er sich noch heute. Seit dem 1. Berliner Friedenslauf am 29. August 1982 gehörte Gerhard Gailus dann jedes Jahr zu den Zehntausenden Teilnehmern.

Als 14-jähriger war er 1945 zusammen mit seiner Mutter, vier Geschwistern und Oma vom Memelland nach Berlin gekommen. Die erste Unterkunft fanden die Flüchtlinge am Rosenthaler Platz. Zum Zimmermann ausgebildet wurde er in Neukölln, war bis zum 13. August 1961 „Grenzgänger“ mit Passierschein. Die erste große Wohnung bezog der fünffache Vater mit seiner Familie 1980 in einem der ersten neuen Wohnblöcke in Marzahn, kam dann nach der Scheidung über Lichtenberg nach Mitte in die Karl-Marx-Allee. Ein ganzes Zimmer ist dort mit Laufband und Hometrainer sein „Fitness-Center“. Neben der Haustür steht sein Motorrad, sein Rennrad nimmt er mit hoch in die sechste Etage. „Wenn ich auch jetzt ein wenig kürzer treten muss“, gesteht Gerhard Gailus ein, „so werde ich doch so lange wie möglich in sportlicher Bewegung bleiben.“

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

► Von einer alten Last befreit

Das Verhältnis zwischen Kuba und den USA steht vor einer historischen Wende. Aber wenn die USA das verlorene Terrain in Latein-Amerika zurück gewinnen wollen, müssen sie sich zunächst wieder als vertrauenswürdiger Partner anbieten. Kriege, heiße wie kalte, enden meist mit einem Sieger und einem Verlierer, gelegentlich auch mit zwei Verlierern. Der kalte Krieg zwischen den USA und Kuba, der jetzt hoffentlich zu Ende geht, hat Verlierer schon mehr als genug hervorgebracht. Enden aber könnte er mit zwei Siegern.

„Berliner Zeitung“, 20.12.2014

► Wer produziert die Katastrophen?

Wenn wir nicht endlich begreifen, dass wir die Katastrophen selbst produzieren - Klimawandel, Überbevölkerung, Atommüll, Umweltvernichtung, multi-resistente Keime - wird es auch auf dem nächsten Planeten für uns nicht besser aussehen.

Dr. Jürgen Mack, Kusterdingen (Bad.Württ.)

„Der Spiegel“ Nr. 52 vom 20.12.2014

► Hoher Einsatz - Bilanz des deutschen Engagements in Afghanistan

Abkommandierte Soldaten: 135000, Todesopfer: 55, Einsatzkosten seit 2002 rund 8,7 Mrd. €. Umfrage: 50 % der Befragten halten den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr aus heutiger Sicht nicht für sinnvoll, 35 % finden, dass er das war. 57 % finden, dass der Einsatz den betriebenen Aufwand nicht wert war. 27 % sind der Meinung, dass er es wert war.

„Der Spiegel“ Nr. 52 vom 20.12.2014

► Pflicht und Ehre

Was haben Hauptstädte in einer globalisierenden Welt mehr zu leisten als früher? Weder Paris noch London, weder Moskau noch Peking, weder Washington noch Tokio haben heute Anlass, über ihre Rolle als Hauptstadt nachzudenken, sie waren es schon immer. In Deutschland haben wir die Chance, die Aufgaben einer Hauptstadt im 21. Jahrhundert neu zu definieren. Hauptstadt ist mehr Pflicht als Ehre. - Volker Hassemer

„Der Tagesspiegel“, 01.11.2014

Kurznachrichten

► Weniger Zigaretten – höhere Steuereinnahmen

Im vergangenen Jahr wurden fast 80 Milliarden versteuerte Zigaretten verkauft, etwa 100 Millionen weniger als 2013. Trotzdem stiegen die Steuer-Einnahmen auf 12,5 Milliarden Euro. Die Tabaksteuer war zum 1. Januar 2014 erhöht worden. Wie übrigens auch ab 1. Januar 2015. Hat sich ja für den Finanzminister gelohnt.

► Nicht alles ist so gesund, wie das Etikett verspricht

Lebensmittelhersteller werben häufig damit, dass ihren Erzeugnissen gesundheitsfördernde Mittel zugesetzt sind – etwa Vitamine oder Minerale. Mehrere Verbraucherzentralen haben diese Versprechen geprüft und festgestellt: sie sind selten zutreffend. Besonders schlecht schnitten dabei die Produkte für Kinder ab. Bei 75 Prozent der geprüften Lebensmittel erwiesen sich die Angaben als "übertrieben oder falsch".

► „Ein Gott - Abrahams Erben am Nil“

Das ist Thema einer Ausstellung, die das Berliner Bode-Museum zeigen wird. Gegenstand sind die drei Weltreligionen – Christentum, Judentum und Islam, die seit der Antike miteinander verflochten sind. Sie haben sich vielfach gegenseitig befruchtet. Die Ausstellung wird auch Leihgaben aus Paris, London und Kairo zeigen. Eröffnung ist am 1. April.

► Textseiten der Fernsehsender haben täglich Millionen Leser

Dabei klicken 19,8 Prozent die Texttafeln der ARD an. ZDF-Texte finden 18,4 Prozent Lesefreunde. RTL kommt auf 10,5 Prozent. Und wofür interessieren sich die Zuschauer? An erster Stelle werden aktuelle Nachrichten genannt, dann die Sportmeldungen und an dritter Stelle wird nach Informationen über das jeweilige Fernsehprogramm gefragt.

► Versicherungen kamen 2014 besser weg als 2013

Sie hatten ca. zwei Milliarden Euro auszuführen. Im Jahr 2013 beliefen sich die Ausgaben auf 5,7 Milliarden Euro. Schäden durch Hagelstürme und Hochwasser an Donau und Elbe waren zu regulieren. Im vergangenen Jahr gab es zwei Naturereignisse, die höhere Kosten verursachten. Der Sturm "Ela" im Juli und der Starkregen im Juni, der vor allem Münster getroffen hatte, forderten eine halbe Milliarde Euro.

Schultheiß-Quartier in Moabit ohne Bebauungsplan

Investoren am längeren Hebel?

Der aktuelle Bebauungsplan für das Schultheißquartier Strom- /Ecke Turmstraße ist vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg für unwirksam erklärt worden. Trotzdem sagt Harald G. Huth (High Gain House Investments, HGHI), der gekippte Bebauungsplan habe keinerlei Einfluss auf sein Bauvorhaben.

werden. Das schöne Sudhaus der ehemaligen Schultheiß-Brauerei mit seinen Backsteinfronten und Türmchen in der Stromstraße soll umgebaut und in ein großes Areal mit 500 Parkplätzen und 110 Läden integriert werden.

Einwände von Bürgerinitiativen und der AG Wohnen der Stadtteilvertretung Turmstraße mochte HGHI nicht berücksichtigen. Denn die



Überflüssiger Konsumtempel für Gutbetuchte in Moabit?

Foto: Joachim Schulz

Das Bezirksamt hat merkwürdigerweise einen Tag vor der Entscheidung des OVG eine Baugenehmigung für das Schultheißquartier erteilt. Im Stadtentwicklungsamt geht man zurzeit davon aus, dass der Bau auch auf der Grundlage des alten Bauvorbescheids genehmigt werden könne. Und das OVG ließ verlauten, entweder könnten die Fehler des aktuellen Bebauungsplans behoben werden oder der alte Bauvorbescheid könnte einfach wieder zur Grundlage genommen werden. Allerdings gibt es im Stadtentwicklungsausschuss auch Stimmen, die den vorhandenen Klagen gegen den Bauvorbescheid und gegen die Baugenehmigung mehr Chancen einräumen. Harald Huth, der „König der Shopping-Center“ Berlins (Gropius-Passagen, Das Schloss, Mall of Berlin) will jetzt alle Weichen für einen Baubeginn im April/Mai stellen. Im Bebauungsplan sind u.a. 30.000 qm Verkaufsfläche und 15.000 qm Bürofläche vorgesehen. Ankermieter sollen MediaMarkt und Kaufland

Anwohner fordern „mehr bezahlbaren Wohnraum statt überflüssiger Konsumtempel“. Sie wollen die Kiez-Strukturen erhalten und die alten Händler schützen. In der einberufenen Versammlung hieß es: „Damit keine Geschäfte in der Turmstraße wegen des neuen Shoppingcenters schließen, müsste sich die Kaufkraft in Moabit verdoppeln oder verdreifachen. Es sei denn, es ist das Ziel, den Bezirk so umzustrukturieren, dass er für die betuchten Leute attraktiv wird.“

Ob zukünftiges „Betongold“ des Shoppingcenter-Kings allerdings Bestand hat, darf man sich angesichts der Insolvenz seines Generalbauunternehmers beim letzten Center (Mall of Berlin) ohne weiteres fragen. Das war ein herber Schock für die fünfzig Angestellten und für viele Berliner Firmen, die noch auf zahlreichen unbezahlten Rechnungen sitzen. Und zwei Monate nach Eröffnung kündigte die „Mall of Berlin“ ihren ersten Mietern

Rainer Scholz

Das alte Neue

Zwei Wochen im winterschlafenen Kurort Franzensbad reichten, um Berlins Mitte goldig erscheinen zu lassen. Die Fashionweek hatte Anteil daran, die wabernde Menge schöner Menschen, verteilt auf wärmende gastronomische Stätten. Junge Modemänner fieberten, diesmal mit Bart und tiefgezogenen Pudelmützen ausgestattet, lang- und dünnbeinig allerorten dem nächsten Event entgegen.

Jetzt ist das schöne Haus Ecke Münz-/Alte Schönhauser Straße endlich rekonstruiert. Der Fassadenblick nach oben zeigt, wie Bauherren vor 120 Jahren elegante Details in lichter Höhe schufen, und Höfe - fast ein Gedicht. In einer Ecke entsteht ein Café. Vorn und hinten sind Sommerplätze vorstellbar. Im Vorderhaus brummt das Geschäft, vor dem sich Passanten gelegentlich über die Innenwände erregen. Mich irritieren eher die Pop-Up-Stores. Durch Schaufenster jener sonst leer stehenden Geschäfte sehe ich verkaufsoffene Modeateliers, aus dem Nichts kommend und schnell vergehend. Möglich ist alles. Gerade hat Sternekoche Tim Raue in der Rheinsberger Straße dem steinroten Startup-Fabrikgebäude eine kulinarische

Oase hinzugefügt, soll in der Johannisstraße ein Paar aus Brooklyn so gut kochen, dass man sich voranmelden muss. Sind das die Kantinen der Zukunft? Berlin ist zwar nicht auf dem Weg zur vernetzten Smart-City, doch wie jede intelligente Stadt wird auch hier auf Gaumenfreuden gesetzt. Irgendwann wird der innerstädtische Gemüseanbau auf Hydrokulturbasis in eigens dafür gebauten Gewächshochhäusern vielleicht nötig werden. Anderes ist dem gerade 91 gewordenen Schriftsteller Walter Kaufmann wichtig, der nach Kindheitsflucht vor den Nazis und Rückkehr nach Berlin (DDR) über sechs Jahrzehnte Bücher vom Unrecht und Glück in der Welt schrieb. Davon handelt auch sein nicht vollendetes neuestes Werk, aus dem er den Geburtstagsgästen vorlas. Das Vor-Premierpublikum war beeindruckt! Als ich nach



BVG-Nettigkeiten in U-Bahnhöfen bei steigenden Fahrpreisen

Mitternacht seine Mitte in Richtung meiner verließ, schienen die U-Bahnhöfe sauberer als sonst, und am Rosenthaler Platz entdeckte ich auf unterirdischen Wandfliesen riesige Liebeserklärungen. Plakatierte Botschaften ohne Absender, doch es scheint, als meine die Bahn uns, ihre Fahrgäste. Immerhin, auch die Belagerung durch Trinker ist momentan aufgehoben, aber wer weiß, was aus all dem folgen wird.

Irene Runge

Müll über lange Leitungen und Wege

Die WBM ist ein landeseigenes Unternehmen. Zu ihren Vorzeigobjekten gehört der Gebäudekomplex in der Rathausstraße am Alex. Er erstreckt sich vom UBIX Kino bis zum Roten Rathaus.

In diesem gewaltigen Häuserblock leben ca. 1000 Menschen, über 70 Prozent davon im Rentenalter. Ende der Sechzigerjahre erbaut, zählten die Häuser in der Rathausstraße zum Modernsten, was die DDR zu bieten hatte. So gehörten neben Tiefgaragen auch Müllschlucker zur Ausstattung. Diese „Müllabwurfanlagen“ haben sich leider zu einem veritablen Dauerkonflikt entwickelt. Das Abgeordnetenhaus änderte den §46 der Berliner Bauordnung (BauOBln) und untersagte den Weiterbetrieb von Müllabwurfanlagen zum 31.12.2013. Diese Gesetzesänderung verursachte großen Unmut bei den Betroffenen. Erstaunlicherweise führte dann dieser Unmut zu einer Ergänzung der BauOBln, die sinngemäß folgendes beinhaltet: Wenn Mülltrennung und Brandschutz gewährleistet sind, können nun Ausnahmegenehmigungen zum

Weiterbetrieb der Anlagen erteilt werden. Unserer Kenntnis nach sind die Müllräume mit Sprinkleranlage und Brandschutztüren ausgestattet worden. Die Mülltrennung findet bereits statt, Papier, Glas etc. werden von den Bewohnern in den Kellerräumen getrennt entsorgt. Es ist aber ein Unterschied (von mehreren Kilometern im Monat), ob diese Strecke jeden zweiten oder dritten Tag zurückgelegt werden muss, um den Hausmüll zu entsorgen, oder ob über längere Zeiträume Papier etc. gesammelt werden, um sich ihrer zu entledigen.

Die übergroße Mehrheit der Betroffenen möchte die Müllschlucker behalten. Es geht hier beileibe nicht um Bequemlichkeit. Die langen Wege der MieterInnen (Hin und Rückweg können bis zu 20 Min. betragen) und das hohe Durchschnittsalter der Betroffenen sollten der WBM zu denken geben. Das Phä-



Die MieterInnen der Rathausstraße wollen „Müllschlucker“ behalten

nomen der langen Leitung in Behörden oder großen Firmen ist hinlänglich bekannt. An die WBM können wir nur den Wunsch richten, diese lange Leitung endlich zu kappen und den Wünschen ihrer Kunden (genau das sind sie) zu entsprechen. Die BauOBln §46 Abs. 3 lässt solche Ausnahmen ausdrücklich zu.

László Hubert

Die erste Regierungserklärung von Michael Müller: nichts als dürre Kompromisse

Normalerweise erhalten neue Regierungschefs eine Schonzeit von 100 Tagen, da aber Michael Müller, neuer regierender Bürgermeister, nicht wirklich neu ist und sich auch in der Koalition selbst nichts geändert hat, gibt es diesmal keine.

Seit Klaus Wowereits Rücktrittserklärung hat diese Koalition nicht mehr gearbeitet. Die CDU schaute zu, während die SPD „Berlin sucht den Bürgermeister“ spielte. Doch dann wurden hohe Erwartungen geweckt, Müller tagte Anfang des Jahres 12 Stunden lang mit allen Senatorinnen und Senatoren ohne Unterbrechung in Klausur, um seine erste Regierungserklärung vorzubereiten. Die Hoffnungen waren groß, fängt die Koalition aus CDU und SPD endlich an zu regieren?

Doch selbst Menschen, die keine großen Erwartungen an diese Koalition haben, wurden enttäuscht: Berlin kriegt eine Umwandlungsverordnung (diese gibt den Bezirken

die Möglichkeit, gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorzugehen) und mehr Mittel für die Sanierung von Schultoiletten, sowie vier Seiten dürre Kompromisse, die man auch in der Mittagspause hätte aushandeln können.

Diese Koalition ist widernatürlich. Die Umwandlungsverordnung wurde schon unter Rot-Rot von den Linken gefordert und damals von der SPD abgelehnt. Jetzt mussten sie es mühsam gegen die CDU durchsetzen. Und dass man alles gegen den Willen des Koalitionspartners durchsetzen muss, durchzieht diese große Koalition, seit sie vor drei Jahren an die Macht kam. Es geht nicht mehr um die Sache, sondern nur noch darum, dass es dem anderen weh tut. Ein stadtpolitisches Klein-Klein von Kleingeistern, die der Stadt damit schaden.

Wo bleiben die Konzepte für die S-Bahn, für die Wohnungs- und Mietpolitik, für den solidarischen Umgang mit Flüchtlingen,



die große Personalnot in den Verwaltungen, wo bleibt die nach dem Desaster vom Tempelhofer Feld versprochene bessere Bürgerbeteiligung?

Mit seiner Regierungserklärung zeigt Michael Müller, dass er keine Ambitionen hat, keine Visionen, nicht mal ein Zeichen setzt, sondern nur weiter die sich gegenseitig blockierende große Koalition verwalte.

Carola Bluhm

Leuchttürme ohne Strahlkraft

Wenn ich durch meinen Lieblingsstadtbezirk Mitte laufe, muss ich immer öfter an eine Postkarte denken, auf der steht:

BERLIN – Wir können Alles. Außer ... und dann sieht man ein kleines Flugzeug, ein S-Bahnschild und das Logo der 1. Bundesliga. Und ich denke, vielleicht gehört auch noch ein kleines Symbol für die Staatsoper daneben als Ausdruck dessen, was wir in Berlin nicht so richtig zu können scheinen. Ich bin in Berlin geboren und sicherlich, was Baustellen angeht, so einiges gewohnt. Routiniert frage ich mich zu den Ersatzhaltestellen der S-Bahn durch oder schlängle mich an den diversen Absperrungen vorbei. Alles gar kein Problem.

Ein Problem habe ich aber, wenn ich mir die Bauvorhaben der kulturellen Leuchttürme der Stadt anschau: Die Staatsoper wird erst 2017 statt wie geplant 2013 wieder ihre Türen öffnen – inklusive Kostenexplosion. Die Staatsbibliothek Unter den Linden wird um 35,5% teurer und der Bau des Humboldtforums in der Rekonstruktion des Stadtschlusses ist auch nicht unproblematisch aufgrund des mangelnden kritischen Umgangs mit den Objekten eines Ethnologischen Museums und der fehlenden Spenden.

Unsere Regierung scheint also etwas überfordert angesichts der Aufgabe, das kulturelle Potential der Stadt zu pflegen und zu erhalten, vor allem im Hinblick auf die Bau- und Kostenplanungen.

Die „Leuchtturmprojekte“ erstrahlen nicht besonders hell. Es gibt natürlich vielfältige Ursachen für diese Probleme, z.B. der massive Personalabbau in den Bauverwaltungen, so dass einige Aufgaben gar nicht mehr wahrgenommen werden können.

Vor allem aber ist es schade, dass es kein kulturpolitisches Konzept für unsere Stadt zu geben scheint. Alles wirkt zusammengeschustert und provisorisch geplant. Das führt zur Durchsetzung von Einzelinteressen – ohne Rücksicht auf Verluste und ohne den Blick für das große Ganze. Und ist es nicht auch irgendwie be-



Keine schöne „Visitenkarte“ für Berlin

unruhigend, dass jetzt der ehemalige Senator für Stadtentwicklung (und damit der Zuständige für die Bauplanung) Bürgermeister und Kultursenator ist?

Jana Mattuschka

Das ist das Letzte

Die letzte Schätzung der „Altertums-Forscher“ besagt, dass es bis 2030 doppelt so viele Mitbürger über 80 geben wird. Solche Tendenzen lassen sich mit dem Taschenrechner ermitteln. Daher ist der Aufschrei, dass in Berlin in den nächsten 15 Jahren etwa 20.000 Altenpfleger fehlen werden, schwer verständlich. Jedenfalls für Anhänger der Planwirtschaft. Die Freunde der Marktwirtschaft lieben das Auf und Ab von Konjunktur und Krise. Und sie wissen längst: Gesundheits-Einrichtungen sind nicht zuerst barmherzige Samariter, sondern marktkonforme Unternehmen. Da werden Patienten zu Kunden. Daher ist die Kontenklärung per Chipkarte zunächst wichtiger als die Diagnose. Jede Klinik vertraut ohnehin nur den eigenen Untersuchungen. Zumal jeder Auftrag für Labor und Röntgen die Amortisation der teuren Gerätschaft fördert. Und wer dann nicht „altersbedingter Verschleiß“ hören will, kann etliche Tipps für operative Eingriffe erwarten. Natürlich nur, wenn er vorher unterschreibt, dass er im Falle eines „Fehlgriffes“ selber die Schuld trägt. So erklärt sich, dass Deutschland doppelt so viele Eingriffe verzeichnet wie der europäische Durchschnitt. Was als Ruhmesblatt unseres modernen Gesundheitswesens gilt, ist mehr ein Beweis für das geschäftstüchtige Leitungspersonal. Wenn immer mehr Kranke von immer weniger Pflegern umsorgt werden, dann klingeln die Kassen. So wird Deutschland nach der Menge der Patienten Weltmeister - aber in der Qualität und Dringlichkeit der Eingriffe nur 3. Liga. Außer bei der flächendeckenden Verkeimung der Häuser, Helfer und Gerätschaft.

Das gestattet die Diagnose, dass unser Gesundheitssystem krank ist. Und da die Krankenkassen gerade den Berlinern vorgerechnet haben, dass wir die meisten Raucher, Säufer und Stubenhocker in Deutschland haben, gibt es nur zwei Auswege: Entweder wir bessern uns oder das verdammte System!

Arthur Paul

HERMANN HENSELMANN
AUS ANLASS SEINES 115. GEBURTSTAGES
IN SEINER BERLINER ZEIT 1949-1995
DER ARCHITEKT DIE MACHT UND DIE BAUKUNST



Lamm in „MINT“-Soße?

„Junge Studenten interessieren sich nicht mehr für Politik.“ Zu dieser Schlussfolgerung kam Infratest dimap in einer Studie im Auftrag des Bildungsministeriums. Doch ist diese Klage berechtigt?

„Schon der Kauf eines Bio-Joghurts kann politisch sein“, verteidigt eine Stipendiatin des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp) auf Spiegel Online das politische Engagement junger Menschen. Doch wo der Marsch durch die Institutionen zum Gang durch den Supermarkt verkommt, muss kein Herrscher zittern. Zurück zur Studie. Diese führt aus, dass gerade einmal 24 Prozent der Befragten politische und gesellschaftliche Themen für sehr wichtig halten. Ein Studium in Regelstudienzeit (am Besten in den gefragten „MINT“-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), ein gutes Gehalt, um sich schöne Dinge leisten zu können – darauf legen 73% der Befragten Wert. Sind die heutigen Studenten politisch eher desinteressiert oder nur zu bequem? (Natürlich ist Interesse nicht gleich Engagement.) Eine Form der politischen Betätigung ist zum Beispiel das Unterzeichnen einer Petition. Online-Petitionen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, sind schnell zu erstellen und sie sind – bequem. Die erfolgreichsten Petitionsplattformen change.org, openPetition und compact vermelden zusammen rund 5,5 Millionen Nutzer. Gelegentlich schaffen es einzelne (erfolgreiche) Petitionen sogar in die Nachrichten. Doch der Erfolg der meisten Online-Petitionen ist gering.

Dies liegt zuletzt daran, dass sich die Adressaten einer online-Petition von change.org & Co. nicht mit dem Anliegen befassen müssen – im Gegensatz zu Online-Petitionen, die direkt an den Bundestag gerichtet werden. Auf Politik-digital.de ist daher von „überschätztem Klick-Aktivismus“ die Rede, den viele Jüngere



Vor allem junge Leute gehen gegen „Bärgida“ und Co. auf die Straße

da betreiben. Natürlich ist es angenehmer, auf dem heimischen Sofa eine Online-Petition zu unterschreiben, als sich draußen an nass-kalten Montagabenden die Beine in den Bauch zu stehen. Doch auch dies ist richtig: Derzeit gehen tausende junger Menschen Woche für Woche den unbequemen Weg und stellen sich Pegida und deren Ablegern entgegen. Der Widerstand gegen TTIP wächst. Und auch die klassische Parteiarbeit ist bei den Jungen nicht tot. Zahlreiche „U-35er“ sind in den letzten Jahren bei unserer Partei in Berlin-Mitte gelandet. Vielleicht erleben wir ja gerade ein Umdenken.

André Ullmann

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 27.01.2015

Ausgabetag für Nr. 03/2015 – 05.03.2015

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 91. Rosemarie Bender,
Georg Pfeuffer
- zum 88. Rosemarie Belda, Eva Gumpel,
Horst Tinz
- zum 87. Anneliese Lindner
- zum 86. Hans-Joachim Buchwald,
Edith Kehr, Eberhard Röhner
- zum 85. Siegfried Schiller, Karl Seidel,
Hans-Christian Teubner
- zum 83. Alice Liesegang,
Katherina Prosetzky
- zum 82. Günter Fuhrmann, Erna Funk,
Ulla Plener, Hildegard Rutekolk
- zum 81. Werner Vogel,
Annemarie Wenzel
- zum 80. Günter Poppe
- zum 75. Brigitte Kunze